

Der Wolf entscheidet die Wahl

Der Bautzener Landrat Michael Harig hat anlässlich des Wolfsymposiums in Halberstadt ein Umdenken beim Thema Wolf angemahnt. Sein Landkreis liegt in der Oberlausitz, der Region, wo die Wölfe zuerst in Deutschland wieder eingewanderten. Hier befinden sich die am stärksten von Wölfen besiedelten Gebiete Europas. Das entwickelt sich für die Einwohner auf den Dörfern zunehmend zu einem Problem. Das Sächsische Kabinett hat am 16. April 2019 die Sächsische umstrittene Wolfsmanagementverordnung beschlossen. Sie wird Ende Mai in Kraft treten.

Weil die Zahl der Raubtiere in der Region so stark zugenommen hat, drohen sie bei der Landtagswahl im September zum Politikum zu werden. Harig plädiert seit längerem für Eingriffe in die Wolfspopulation und ebenso für eine Überführung in den Anhang fünf der FFH-Richtlinie. „Wölfe gehören nicht in die hiesige Kulturlandschaft.“

In der Oberlausitz gibt es relativ schwach besiedelte, naturnahe Heide- und Seenlandschaften, im Süden auch Bergland an der Grenze zur tschechischen Republik. 36% der Fläche ist Wald. Es gibt 26 Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie ein Biosphärenreservat, das größte in Deutschland. 600 Landwirtschaftsbetriebe sind wichtige Arbeitgeber in der Region. Auch Nebenerwerbsbetriebe sind häufig, in der Region um Zittau in sorbischen Gegenden.

Sachsen war das erste Bundesland, in dem sich Wölfe vor mehr als 20 Jahren angesiedelt haben. Noch gibt es 14.000 Schafe im Landkreis aber der Trend ist stark rückläufig. Es überwiegt die private Schafhaltung, 97% haben weniger als 20 Tiere. Größere Bestände gibt es kaum.

Der Landrat beschreibt die Situation für die Tierhalter folgendermaßen: Es gibt viele Konflikte, es vergeht kaum ein Tag ohne Risse, besonders Schäfer sind außerordentlich betroffen. Die Machbarkeit von geforderten Herdenschutzmaßnahmen stößt an ihre Grenzen. Ende 2018 waren Dutzende Tiere Wölfen zum Opfer gefallen. Die angegriffene „staatliche“ Herde einer Naturschutzstation aus Schafen und Ziegen umfasste ursprünglich 151 Tiere, nur 62 kamen ohne Blessuren davon.

Geben die Schäfer die Beweidung auf, gehen damit auch wertvolle Biodiversitätsleistungen verloren. Nur noch wenige junge Menschen möchten den Hirten-Beruf ausüben, auch wegen des niedrigen Lohns. Die enormen Kosten für Herdenschutzhunde sind für kleine Betriebe nicht darstellbar. Die Wolfspräsenz bedeutet auch eine große psychologische Belastung. Ein 82-jähriger Schafhalter hatte, nachdem Wölfe seiner Herde angegriffen hatten, geweint wie ein Kind. „Was wollen Sie als Politiker einem solch verzweifelten Menschen noch entgegen?“ Auch die Jagd sei betroffen. 1500 Jagdschein-Inhaber sind organisiert in 161 Jagdgenossenschaften. Das Muffelwild ist mittlerweile total verschwunden. Das verbleibende Schalenwild und Wildsauern richten mehr Schäden in Land- und Forstwirtschaft an als früher.

„Die bisherige Argumentation der 'Wolfsverstehler', die Schäfer seien zu bequem und einfältig, um einen wirksamen Herdenschutz zu betreiben, und dass die Behauptungen der Jäger über die Verhaltensänderungen des Wildes wissenschaftlich nicht belegt seien, zerbröselt mit jedem Rissereignis.“

Michael Harig Landrat Bautzen

Fotos kursieren in sozialen Medien mit Wölfen auf der Straße, die Bevölkerung ist verängstigt. Schon spricht man von Politikversagen. Immerhin gibt es seit 2009 einen Managementplan: er hatte zum Ziel, Konflikte zu minimieren und gleichzeitig den Wolf zu schützen. Nun gibt es eine neue Sächsische Wolfsmanagementverordnung. Damit sollen vor allem die Halter von Nutztieren besser geschützt werden. Die Verordnung regelt dabei fünf Situationen, in denen Wölfe gezielt vergrämt oder getötet werden dürfen. Die Regelung tritt ab Ende Mai 2019 in Kraft.

Mit der neuen Verordnung wird im Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) eine neue Fachstelle Wolf geschaffen. Man reagierte damit auf die Forderung, das Wolfsmanagement stärker zu dezentralisieren. Die Mitarbeiter sind unter anderem für Rissbegutachtungen, die Beratung der Nutztierhalter und präventive Maßnahmen verantwortlich. Um die Aufenthaltsorte und Bewegungsmuster von Wölfen in Sachsen besser nachvollziehen zu können, regelt die Verordnung außerdem ein landesweites Programm zur Besenderung von Wölfen.

Mittlerweile hat das Thema Wolf eine politische Dimension. „Der Wolf entscheidet die Wahl“ stand es in einer großen Tageszeitung. Der Landrat prophezeit jedoch einen noch langen Weg, bis es zu einer Regulierung der Bestände kommt. „Wir bräuchten dringend Obergrenzen. Vergleicht man die Situation mit Schweden, wo ist deutlich weniger Wölfe gibt, kann das nicht in Ordnung sein.“ Den Wolfsschutz hierzulande könne man niemandem erklären.

Es wurden auch Unterschriften gegen die neue Wolfsverordnung gesammelt, denn sie ist auch nicht Lebenswirklich, betont der Landrat. Eine Vergrämung zum Beispiel sei nur auf Antrag möglich, wenn Wölfe sich an einem Wohngebäude aufhalten oder sich Menschen auf weniger als einhundert Metern nähern und nicht verscheuchen lassen. Bedingung sei, dass die Tiere dadurch das öffentliche Leben stören. Getötet werden dürfen die Tiere nach Angaben des Ministeriums, wenn sie sich einem Menschen auf weniger als 30 Metern nähern und nicht vergrämt werden können. Eine Tötung sei auch möglich, um erhebliche wirtschaftliche Schäden zu vermeiden. Etwa wenn ein Wolf innerhalb von zwei Wochen zweimal die gesetzlich vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen überwindet. Ob ein Wolf vergrämt oder getötet werden darf, sollen weiterhin die Landkreise beziehungsweise Kreisfreien Städte entscheiden.

Kein Verständnis zeigte der Landrat gegenüber militanten Wolfsschützern, die eine Abschussgenehmigung mit einem wahren Shitstorm, Drohbriefen und Klagen vor Gericht begleiten, 250 Klagen habe es gegen eine Abschussgenehmigung gegeben. Aus der gesamten Bundesrepublik kamen Menschen, die sich auf die Weiden gestellt haben, dort Krach gemacht haben, um die Wölfe zu vertreiben und einen Abschuss zu verhindern. Dabei wurden auch die Schäfer beleidigt und belästigt.

Gleichzeitig haben besorgte Eltern Angst, „das tun manche mit dem Rotkäpchensyndrom ab, aber Menschen müssen darauf vertrauen können, dass sie sicher sind.“ Jäger hätten die Pflicht, zu schießen, wenn sich Wölfe Siedlungen annähern, fordert der Landrat. Artenschutz, der sich gegen die Menschen wendet, geht in die falsche Richtung. Die Politik sei deswegen zum Handeln verpflichtet. Dabei geht um das Schutzgut Mensch. „Wenn die Politik nicht handlungsfähig bleibt, dann hat sie es nicht verdient gewählt, zu werden.“